

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag, 23. September 1993, Vormittag
Jeudi 23 septembre 1993, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Schmidhalter

93.035

Klimaänderungen. Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen Changements climatiques. Convention-cadre des Nations Unies

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1498 hiervoor – Voir page 1498 ci-devant

Rutishauser: Im Namen der Mehrheit der SVP-Fraktion empfehle ich Ihnen, auf diese Vorlage einzutreten und dem Entwurf zum Bundesbeschluss über das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen zuzustimmen. Auf den Nichteintretensantrag entfiel in unserer Fraktion nur eine Stimme. Ich war darum überrascht, am Montag einen Rückweisungsantrag eines Fraktionskollegen auf dem Pult zu finden. Ich interpretiere diesen nicht als ein Nein zur Klimakonvention, sondern lediglich als Hinausschiebung der Entscheidung, um mehr Details zu erfahren.

Die grosse Mehrheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass die Nichtmitgliedschaft der Schweiz bei der Uno kein Grund ist, dieses Abkommen nicht zu unterzeichnen; im Gegenteil. Während des Abstimmungskampfes über den Uno-Beitritt wurde immer wieder betont, wie wichtig es sei, dass die Schweiz bei humanitären, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Aktionen der Vereinten Nationen mitmache. Wenn auch die Prognosen über die Erderwärmung immer wieder angezweifelt werden, sind alle Anstrengungen zu unterstützen, welche die Treibgasemissionen reduzieren. Mit einem Nein würden wir den eingeschlagenen Weg unserer Umweltpolitik desavouieren. Es würde den im März 1992 in Kraft gesetzten Energieartikel und den seit Mai 1991 geltenden Energienutzungsbeschluss sowie das Aktionsprogramm «Energie 2000» in Frage stellen. Abgesehen davon würde diese Haltung der Schweiz von anderen Staaten nicht verstanden.

Wenn in bezug auf die Folgen der Erderwärmung von Katastrophenstimmung bis Bagatellisierung Behauptung gegen Behauptung im Raume steht, vertraue ich persönlich den Beobachtungen und Aussagen der Bergsteiger und Naturfreunde, welche den Rückgang unserer Gletscher feststellen, mehr als denen, welche die Natur nur durch den Autorückspiegel betrachten.

Wir müssen vorbeugen, bevor irreparable Schäden vorhanden sind. Wir sind es den uns nachfolgenden Generationen schuldig, alles zu unternehmen, um das Risiko einer Klimakatastrophe zu vermindern. Für die Zweifler im Saal möchte ich den US-Senator Wirth zitieren, der schrieb: «Selbst wenn die Theorie der globalen Erwärmung falsch ist, müssen wir so handeln, als wäre die globale Erwärmung Wirklichkeit. Wir sollten ohnehin Energie sparen und machen deshalb auf alle Fälle die richtige Umweltpolitik.»

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, auf diesen Bundesbeschluss einzutreten, den Nichteintretens- und den Rückweisungsantrag abzulehnen und den Bundesrat zu ermächtigen, das Übereinkommen zu ratifizieren.

Wick: Die CVP-Fraktion ist ohne Wenn und Aber für Zustimmung zum Bundesbeschluss zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. Warum? Es geht hier um Massnahmen gegen die gefährlichste Abfalldeponie überhaupt. Müllhalden auf dem Boden und im Boden sind problematisch. Sie können das Grundwasser vergiften, sie können wie eine Zeitbombe wirken. Ihre schlimmen Folgen werden häufig erst nach Jahren erkannt. Aber die Auswirkungen solchen Tuns sind lokal sehr begrenzt. Wir können auch das Wasser als Abfalleimer missbrauchen. Die Gewässerverschmutzung ist bereits kein lokales Problem mehr, wie wir alle wissen. Je nach deponiertem Schadstoff betrifft die Belastung sogar die Meere, in welche die Flüsse schliesslich ihre Schadstofffracht bringen.

Diese Wirkungen waren und sind verheerend, so dass in vielen Regionen unserer Erde Gegenmassnahmen eingeleitet worden sind. Ich verweise hier nur auf die Wasserqualität des Rheins, die sich in den letzten Jahren bereits wieder erfreulich gebessert hat.

Wenn die Menschheit aber die Atmosphäre zum Abfallkübel macht, dann ist eine globale ökologische Katastrophe, in diesem Falle eine Klimakatastrophe, unvermeidlich; denn Luft kennt bekanntlich keine Grenzen.

Dazu einige Voraussetzungen: Ohne Treibhauseffekt wäre unser Planet eine trostlose Eiswüste. Die durchschnittliche Temperatur an der Oberfläche betrüge minus 15 Grad, Wasser würde nur in der Form von Eis existieren, Leben wäre undenkbar. Dank CO₂ und Wasserdampf hat aber unsere Atmosphäre eine durchschnittliche Temperatur von 15 Grad, bis 12 Grad während der Eiszeiten. Deshalb existieren wir überhaupt. Der Treibhauseffekt kommt zustande, indem die Sonnenstrahlung durch die Einwirkung auf der Erdoberfläche zum Teil in Infrarotstrahlung umgewandelt wird. CO₂ in der Atmosphäre aber ist ein ausgezeichnete und effizienter Infrarotabsorber, wie übrigens andere anthropogene Gase auch. Absorption aber bedeutet nichts mehr und nichts weniger als zusätzliche Erwärmung der Atmosphäre.

99 Prozent aller Klimatologen und Atmosphärenphysiker teilen die Ansicht, dass ein rasches Eingreifen nötig ist, um eine Klimakatastrophe vielleicht noch abwenden, wenigstens aber mildern zu können. Bleibt also noch etwa 1 Prozent von Forschern, welche, aus was für Gründen auch immer, anderer Ansicht sind. Diese kann man natürlich genüsslich als Kronzeugen für die weiterhin ungestrafte Verschleuderung der fossilen Brennstoffe anführen, wie das vorgestern von gewissen Kollegen hier gemacht wurde. An der wissenschaftlichen Beweislast ändert das aber überhaupt nichts. Es ändert sich auch nichts an der Tatsache, dass die physikalisch-chemischen Eigenschaften aller nicht monoelementaren Gase zur Absorption von Wärmestrahlung führen müssen. Dies kann sogar im Labor spielend gezeigt werden.

Warum aber ist eine zusätzliche Erwärmung der Atmosphäre so gefährlich? Fangen wir einmal ganz egoistisch bei uns in der Schweiz an: Sie alle kennen das Phänomen des Rückzugs der Gletscher; seit Anfang dieses Jahrhunderts ist es nicht mehr zu übersehen. Bereits ist unser Wintertourismus, der uns mehrere Milliarden Franken im Jahr einbringt, hochgradig gefährdet. Sie alle hier in diesem Raum würden selbst kaum mehr eine Konzession beantragen, wenn ein Skilift unter 1800 Meter über Meer gelegen wäre. Aber mit dem sehr bedauerlichen Verlust unserer Wintersportmöglichkeiten ist es nicht getan.

Die Atmosphäre ist eine gewaltige Wärmemaschine. Die Windbewegungen sind die Folge davon. Wenn die Oberflächentemperatur der Ozeane über etwa 26 Grad ansteigt, tritt die akute Gefahr eines tropischen Wirbelsturms auf. Thermik befördert die feuchte Luft in grosse Höhen. Dort ist es gemäss den thermodynamischen Gesetzen kälter, Wassergas kondensiert. Damit werden ungeheure Kondensationsenergien frei, die in ihrem mechanischen Zerstörungspotential durch-

aus mit Megatonnenbomben zu vergleichen sind. Das sieht man ja auch, wenn man die Effekte dieser Wirbelstürme im Fernsehen serviert bekommt. Diese tropischen Wirbelstürme flauen erst ab, wenn sie auf Land geraten oder wenn die Zufuhr feuchter Meeresluft in kälteren Gewässern ausbleibt.

Wieso haben wir in den letzten Jahren die heissesten Sommer erlebt, seit die Temperaturen überhaupt registriert werden, wieso die grössten Dürren, wieso die heftigsten Stürme in den Alpen? Das sind keine Zufälle! Klimaveränderungen sind leider nicht mathematisch beweisbar. Aber alle Indizien sprechen dafür, dass jetzt gehandelt werden muss, um den grössten Schaden von der Menschheit abzuwenden.

Wenn z. B. gesagt wurde, die Eisdicke in Grönland habe zugenommen – das wurde als Beweis gegen diesen Effekt vorgebracht –, so widerspricht das dem, was ich gesagt habe, keinesfalls. Nein, es entspricht sogar den Voraussagen! Wenn feuchtere Luftmassen in ein Gebiet mit Temperaturen unter 0 Grad Celsius gelangen, dann fällt eben mehr Eis an. Gleichzeitig aber zeigen Satellitenfotos in unbestechlicher Art, dass sich die Grenzen des Eises in Arktis und Antarktis zurückziehen, genau gleich wie unsere Gletscher.

Sie dürfen wirklich annehmen, dass die Experten der 155 Signatarstaaten dieses Übereinkommens ihren Regierungen die Unterzeichnung des Rahmenabkommens nicht mutwillig vorgeschlagen haben. Die Aussagekraft der Fakten ist heute schon überwältigend.

Gegenüber dem zunehmenden Treibhauseffekt sind die meisten anderen ökologischen Bedrohungen schon eher sekundärer Natur, wenn wir vom Ozonloch, bedingt durch die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, absehen. Gegen diese Bedrohung haben wir das Montrealer Protokoll unterzeichnet. Auch dort hat man erst gehandelt, als es schon nahezu zu spät war. Ich verweise auf die nachgewiesene zunehmende Bedrohung durch den bösartigen Hautkrebs, das sogenannte Melanom. Diesen Effekt des FCKW rückgängig zu machen wird aber auch Dezentennien benötigen.

Genauso steht es mit dem zunehmenden CO₂-Anstieg in der Atmosphäre. Sogar wenn jetzt weltweit massive Massnahmen eingeleitet würden, wäre ein positiver Effekt erst in Jahrzehnten festzustellen. Um so mehr müssen wir jetzt auf die Bremse treten. Wir müssen der Verschleuderung der fossilen Brennstoffe Einhalt gebieten. Ein Oeltanker benötigt für eine Notbremsung 6 bis 10 Kilometer, ein TGV auf voller Fahrt 3,6 Kilometer. Wie lange, denken Sie, benötigt eine allfällige Notbremsung im Bereich der Verschleuderung fossiler Brennstoffe?

Dabei geht es heute noch gar nicht um die Notbremsung. Es geht um einen ersten Versuch, die weitere Beschleunigung zu reduzieren. Dazu sollte die Schweiz als Industrieland unbedingt Hand bieten. Die Schweiz ist dazu ausgezeichnet in der Lage, ist doch unsere Wirtschaft von allen Industrieländern am wenigsten direkt an die fossilen Brennstoffe gekoppelt.

Deswegen bitte ich Sie, den Nichteintretens- und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Genehmigen Sie den Bundesbeschluss zum Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.

M^{me} Sandoz: Nul ne saurait évidemment affirmer que les modifications climatiques sont sans importance. Nul ne prétendrait donc dans cette salle que la Convention-cadre des Nations Unies n'a pas un sujet d'importance, bien que sur le plan technique, je crois, les avis des experts divergent, mais nous n'allons pas engager le débat sur ce point.

Le groupe libéral tient, à propos de l'entrée en matière sur l'arrêté fédéral concernant la Convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques, à apporter deux précisions, à faire quelques remarques et à poser une question.

Première précision: il est évident que l'écologie n'est pas une théologie. Elle n'est pas non plus du tout une doctrine politique. Elle est apparemment une science, une science récente qui doit être prise en considération par les doctrines politiques comme paramètre nouveau dans la gestion d'un ensemble communal, cantonal, fédéral, mondial, puisque la pollution ne connaît pas de frontières. Cette précision est importante parce que si ça n'est pas une théologie, ça ne permet pas d'endoctrinement, ça ne permet pas de prosélytisme; si c'est une

science, ça ne permet que l'information. Or, l'article 6 de la convention attache une certaine importance à l'éducation, à l'information, à la sensibilisation du public. Il ne faudrait pas que ce soit un motif d'endoctrinement, seule une information objective devrait être conforme à la convention.

Deuxième précision: contrairement à ce que l'on pourrait penser en lisant les paragraphes 3 et 18 du préambule de la convention, il va de soi que les Etats industrialisés ne sont pas responsables de la pollution qui existe actuellement. Grâce à leurs connaissances techniques, ils ont pu découvrir l'importance de la pollution. Ils ont pu en découvrir les conséquences éventuelles, il pourront découvrir les moyens de lutter contre ces conséquences. En ce sens, c'est bien grâce aux Etats industrialisés que nous pouvons tous devenir conscients de la pollution et efficaces pour lutter contre celle-ci.

Qu'ils ne sont pas coupables, c'est peut-être important de le rappeler parce que, en lisant les paragraphes 20 et 22 du préambule, par exemple, ou l'article 4 paragraphe 3 de la convention, on pourrait craindre que la convention ne soit utilisée comme prétexte à une politique tiers-mondiste. Or, ça n'est pas du tout le but. Nous sommes tous concernés par la pollution, il est légitime que les interventions tiennent compte des possibilités de chacun, mais à aucun moment la convention ne peut être un prétexte d'aide particulière au tiers monde. Ces deux précisions étant apportées, nous voudrions faire trois remarques et poser une question. Première remarque: c'est avec un certain plaisir que le groupe libéral a constaté, aux pages 13 et 14 du message, que nos autorités fédérales prenaient une petite distance par rapport au texte même de la convention, signalant les ambiguïtés, notamment d'ailleurs à l'article 4. Si au moment de ratifier, on est conscient déjà des ambiguïtés d'un texte, il se peut alors qu'on cherche à l'appliquer plutôt dans l'esprit qu'à la lettre, que l'on ait une fidélité à la parole donnée plutôt intelligente que servile, et en soi c'est un aspect important.

Deuxième remarque – elle concerne l'article 12 de la convention –: vous avez constaté, évidemment, que cet article 12 prévoit que les Etats devront déposer une déclaration indiquant les mesures qu'ils envisagent de prendre pour respecter les buts de la convention, la Suisse devant, comme d'autres Etats, déposer cette déclaration dans les six mois qui suivront l'entrée en vigueur de la convention pour elle. Or, si vous lisez aux pages 19 et 20, le chapitre 22 du message, vous constaterez qu'on énonce les mesures d'«Energie 2000», dont la taxe sur l'énergie, et que l'on dit qu'il y aurait encore d'autres mesures à prendre. Il va de soi – mais une petite précision sur ce point ne serait pas désagréable – que la déclaration suisse ne saurait mentionner comme «envisagées» que des mesures ayant déjà l'aval du Parlement et ayant déjà l'approbation, le cas échéant, des cantons dans la mesure où ils ont une compétence dans ce domaine.

Ma troisième remarque concerne l'article 4 de la convention qui, dans l'une de ses dispositions, mentionne les études d'impact comme moyen d'atteindre le but de la convention. Nous connaissons les études d'impact, nous savons qu'on les utilise, mais il ne faudrait pas que, sous prétexte de la convention, on multiplie par trop ces études et qu'on les rende tellement tatillonnes que toute construction, développement des transports, etc., soient exclus. Il faudra être très attentif à cette question.

Ces trois remarques faites, le groupe libéral souhaiterait poser une question qui rejoint d'ailleurs la préoccupation très bien exposée par M. Vetterli. Cette question concerne les conséquences financières et de gestion du personnel parce qu'il faut admettre que, sur ce point, le message – je vous renvoie aux pages 20 et 21, c'est-à-dire au chapitre 3 – est incroyablement lacunaire. Au premier alinéa dudit chapitre, on nous dit que, pour ce qui est des questions relatives au personnel et aux finances, nous les réglerons lorsqu'il s'agira d'institutionnaliser les conséquences de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement. Autrement dit, ne nous occupons pas de ces questions maintenant! Nous verrons plus tard les questions de coût! A l'alinéa 2, on dit que, de toute façon, nous avons déjà engagé des fonds dans le cadre de notre participation à des préoccupations partagées par

l'AELE, etc. Aux alinéas 3 et 4, on dit que nous avons aussi, de toute façon, déjà voté des fonds puisque nous participons à l'aide aux pays en développement et que nous intervenons dans les pays de l'Est. C'est là qu'il y a le petit dérapage, craint, éventuellement, du côté d'une politique tiers-mondiste sous prétexte d'application de la convention.

En réalité, on semble dire qu'il n'y a pas de problèmes financiers. On ne nous dit pas combien coûtera la participation aux quatre organismes créés par la convention, aux articles 7, 8, 9 et 10, la Conférence des Parties, le secrétariat, l'organe subsidiaire de conseil scientifique et technologique, l'organe subsidiaire de mise en oeuvre. On ne nous dit pas ce que coûteront les enquêtes, études, rapports, etc. Par conséquent, la préoccupation de M. Vetterli est profondément justifiée et la demande de renvoi est soutenue par le groupe libéral qui pense qu'elle est tout à fait dans l'intérêt du Conseil fédéral et de notre pays: une réponse circonstanciée permettra en effet de démontrer que les dispositions de l'article 11 paragraphe 2 de la convention qui, du point de vue des mesures financières, engagent à respecter «un système de gestion transparent» seront véritablement respectées et ne sont pas simplement du verbiage.

Dreher: Die Fraktion der Auto-Partei unterstützt den Nichteintretensantrag Scherrer Jürg. Sollten Sie dennoch Eintreten beschliessen, werden wir den Rückweisungsantrag des Kollegen Vetterli unterstützen.

Wenn Sie die Schweizer Umweltgeschichte der letzten 20 Jahre rekapitulieren, stossen Sie auf erstaunliche Phänomene. In den siebziger Jahren war die Meinung der Wissenschaftler – der berühmten Wissenschaftler, die ihre Meinung alle paar Monate ändern –, dass wir auf eine neue Eiszeit zugehen würden; die Gletscher würden wachsen. Wir hatten ein paar kalte, verregnete Sommer, ein paar kalte Winter, und schon sprach «die Wissenschaft» von einer neuen Eiszeit. Es kam aber noch viel schöner! Als dann das Eiszeitgerede nach einigen warmen Sommern wieder verklungen war, wurde das Waldsterben erfunden. Jenes Waldsterben, das sich auf die deutschsprachigen Länder beschränkte, mit Staulage in den Alpen. Sie wissen, dass sich kein Volk der Welt derart hysterisch benommen hat, wie das aus der veröffentlichten Meinung der Schweiz hervorging. Wir sind das einzige Parlament der Welt, das auf die linke Propaganda hereingefallen ist und 1985 eine Session über das Waldsterben durchführte. Niemand auf dem Globus hat sich so tief erniedrigt wie die bürgerliche Mehrheit, welche darauf eingegangen ist; das sind Fakten!

Inzwischen ist es so herausgekommen, wie man damals schon sagte: Das Waldsterben ist kein Thema mehr! Die Sitze der Grünen bröckeln ab, die ganze «Umweltproblematik» ist derart zum Alltagsgeschwätz verkommen, dass wirklich wichtige Dinge gar niemanden mehr interessieren. Und jetzt wollen wir also global tätig werden. Ein grössenwahnsinniger Kleinstaat mit weniger Einwohnern, als sie ein Stadtviertel von Tokio, Shanghai oder Mexiko City hat, will global das Klima ändern, will Zeichen setzen! Und das alles nur, weil ein Mitglied Ihrer Regierung – wir von der APS-Fraktion haben den betreffenden Herrn nicht gewählt! – in Rio versprochen hat – er hat sich nicht «verpflichtet» –, dass die Schweiz tätig werden würde. Ein Versprechen, das sollte man auch zur Kenntnis nehmen, gilt doch in der Politik nur an dem Tage, an dem es abgegeben wird. Kein Land der Welt wird der Schweiz Vorwürfe machen, wenn wir kein Geld ausgeben, das wir aufgrund dieser Ratifikation ausgeben müssten!

Wer hat denn der Schweiz sekundiert? Die USA, Italien, Frankreich, die EG? Nein! Es haben uns – vermutlich aus Höflichkeit – andere Kleinstaaten sekundiert, das waren Oesterreich, und, wenn ich richtig im Bild bin, noch Liechtenstein. Sie können da etwa das Gewicht ermessen! Leider ist es aber so, dass unsere Bundesräte, wenn sie ins Ausland reisen, nicht mit einem Koffer voll Gold heimkommen, sondern mit neuen Schuldverpflichtungen! Da sagen wir ganz dezidiert nein. Priorität hat jetzt vor allem anderen die Sanierung der Bundesfinanzen, und da ist auf jede überflüssige Ausgabe zu verzichten. Der Bundesstaat besteht 145 Jahre. Es ist bis heute ohne

Beitritt zu dieser Konvention gegangen, zumal wir nicht Mitglied der Uno sind.

Herr Kollege Rutishauser sagt, es würde von den anderen Staaten nicht verstanden, wenn wir nicht ratifizierten. Von welchen Staaten? Wer sind denn diese anderen Staaten, die das nicht verstehen? Natürlich können wir so etwas wie die Rassistenkonvention ratifizieren. Burkina Faso wird mit Sicherheit unterzeichnen, Italien vielleicht auch. Aber die Grossstadt Mailand hat noch nicht einmal ein Projekt für eine Kläranlage! Und in Italien ist die Alternative zum Superbenzin nicht bleifreies Benzin, sondern Diesel.

Also schauen Sie doch einmal den Fakten ins Auge, wie sie wirklich sind!

Schauen Sie auch einmal hinunter auf den Parkplatz vor diesem Hause: Da stehen vier achtzylindrige Vierliterlimousinen der Ueberklasse, dabei hat es ausgezeichnete Bahnverbindungen zwischen dem Bundeshaus und Genf. Aber unsere Bundesräte predigen uns Wasser und trinken selber den feinsten Wein! Dem Volk aber sagt man, man müsse es nun wegen der Umwelt kujonieren.

Sie führen eine Session in Genf durch, um staatspolitische Zeichen gegenüber der Romandie zu setzen, und machen die gleichen Romands wütend: Wenn diese nämlich auf den Autobahnring von Bern kommen, müssen sie jetzt 80 Stundenkilometer fahren – nicht wegen der Sicherheit, sondern wegen der «Umwelt». Das ist doch Heuchelei total, weil wir die einzigen auf der Welt sind, die das tun. am Schweizerwesen soll die Welt genesen!

Wollen Sie in Zukunft mit dieser Flagge an die internationalen Kongresse reisen? Das ist doch absolut lächerlich! Natürlich weiss auch ich, dass es nur darum geht, das Terrain für die CO₂-Steuer zu ebnen. Ich muss Ihnen sagen, ich freue mich eigentlich auf diese Abstimmung, denn da wird das Volk ganz klar zu erkennen geben, was es von diesen Umweltlenkungsabgaben hält, die jetzt überall wie die Pilze aus dem Boden schiessen und die allorts eingeführt werden sollen.

Das FDP-Votum der Kollegin Wittenwiler habe ich wohl als Beitrag zur Stärkung des Standortes Schweiz in der Wirtschaft verstehen dürfen. Wenn es nicht so gemeint war, wäre ich froh, wenn Sie das noch erklären würde.

Aus all diesen Gründen: Bleiben wir draussen! Wir sind nicht Mitglied der Uno. Wenn der Bundesrat weiterhin Uno-Konventionen ratifizieren will, soll er zuerst einmal eine Abstimmung über die Wünschbarkeit des Uno-Beitritts durchführen. Wenn das Volk annimmt, sind wir die besten Demokraten und sagen: Gut, das ist jetzt so. Aber wir wehren uns dagegen, dass ständig Volksentscheide unterlaufen werden, dass uns Parlamentsmehrheit und Regierung Wasser predigen und selber im Wein ersaufen!

M. Rebeaud: Je n'ai pas pris de notes sur le discours que nous venons d'entendre, et je crois qu'il faudrait une bonne demi-heure pour répondre point par point à l'accumulation de contrevérités que vient de proférer M. Dreher.

Monsieur Dreher, je vous dis juste une chose: je suis Genevois, je trouve que les Bernois ont parfaitement raison de limiter la vitesse à 80 kilomètres à l'heure autour de leur ville. Ce sont des raisons de santé publique et non pas de climat global qui les ont poussés à prendre cette mesure. Personnellement, je prends le train, donc ça ne me dérange pas. En tout cas, il y a au moins un Romand que ça ne rend pas fou d'aller à Berne, dans cette ville où on interdit aux voitures de rouler à plus de 80 kilomètres à l'heure sur l'autoroute qui contourne la ville. – M. Dreher n'est pas en train de m'écouter, tant pis pour lui.

J'avoue que le nombre de choses ahurissantes affirmées et l'in vraisemblable arrogance dont fait preuve ici le Parti des automobilistes m'inquiètent un peu. Voilà un groupe de gens qui sont pourtant normalement éduqués, qui ont suivi l'école, qui ont même passé un permis de conduire, et qui trouvent moyen, comme ça, de mettre en cause in globo la crédibilité de toute la communauté scientifique internationale, de dire qu'on nous raconte des histoires. J'ai même entendu M. Scherrer Jürg – c'est fantastique – supposer que la Fondation Rockefeller a subventionné en sous-main des mesures de

corruption du monde scientifique. C'est gigantesque, quand même, comme affirmation et comme contrevérité!

L'essentiel de l'argumentation du Parti des automobilistes, telle que l'a exposée M. Scherrer Jürg, consiste à dire que les prévisions des savants ne sont pas prouvées. On n'est pas sûr que la catastrophe arrivera dans les délais prévus. Sur ce point-là, j'aimerais vous rassurer: moi non plus je ne suis pas sûr. Nous avons un faisceau de présomptions extrêmement convergentes, extrêmement inquiétantes, qui nous disent que dans cinquante ans, dans cent ans, dans deux cents ans, suivant l'évolution de la pollution autour de la planète, nous risquons quelque chose de grave. C'est vrai que ce n'est pas tout à fait sûr. Et si nous voulions avoir la preuve absolue que vous avez l'air d'exiger, il faudrait attendre que la catastrophe vienne et qu'il ne reste plus personne pour constater qu'elle a abouti, parce que nous serions tous morts, ou peu s'en faut. Monsieur Scherrer, si vous voulez avoir une preuve absolue, vous raisonnez comme un automobiliste qui parierait qu'on peut traverser Genève à 200 kilomètres à l'heure sans problèmes. Parce qu'effectivement il n'est pas prouvé que vous êtes sûr de vous tuer pendant cette traversée. Si vous ne risquiez pas de tuer quelqu'un d'autre que vous, je vous conseillerais d'essayer.

Le groupe écologiste, cela va de soi, vous recommande d'approuver la proposition du Conseil fédéral et d'éviter de mettre en cause de manière trop insultante et trop arrogante les travaux de l'administration, qui a fait correctement son travail avec des moyens relativement faibles.

Avant de conclure, j'aimerais encore vous faire une petite recommandation. J'aimerais que M. Dreher m'écoute, parce que c'est important pour notre moral dans les jours qui viennent. Mais je parle français. Muss ich deutsch sprechen, Herr Dreher? C'est vrai, il n'est pas obligé de m'écouter.

J'aimerais simplement qu'on se souvienne qu'une des qualités qu'on reconnaît à la Suisse et au peuple suisse en général, sur le plan international, c'est que quand un Suisse donne sa parole et prend un engagement, en général il s'y tient. Il remplit ses engagements et il tient ses promesses. Je n'aimerais pas que l'on vienne ici, trop souvent, dire que cela n'a aucune importance de tenir ses promesses et que sur le plan international, on peut prendre des engagements et s'en dédire le lendemain. C'est vraiment l'un des fondements et des qualités reconnues sur le plan international que vous êtes en train de miner. Et j'espère qu'en la matière une majorité de ce conseil sera d'accord: nous devons, non seulement tenir les promesses faites à Rio, mais faire avec la Finlande ce que nous avons promis. Nous sommes libres de nos actes parce que nous n'avons pas d'industrie automobile qui fait pression sur notre gouvernement, et nous pouvons jouer un rôle pionnier dans ce domaine.

Wiederkehr: Wir sind doch zu einem «global village», zu einem Weltorf geworden. Wenn es in einem Viertel dieses Weltorfes brennt, wird uns zumindest der Rauch im anderen Viertel auch in die Nase steigen. Wir können doch nicht im Ernst die Grenzen öffnen und glauben, dass uns das nichts angeht, was über diese Grenzen hereinkommt und was wir selber produzieren, was also über die Grenzen wieder weggeht.

Wir werden zu einer globalen Gesellschaft werden, ob wir es wollen oder nicht. Wir haben zwei Wege dazu: den freiwilligen, wir machen uns auf und versuchen, die Probleme dieses «global village» gemeinsam zu lösen; oder den unfreiwilligen, die Zustände werden so werden, dass sie uns dazu zwingen, zu einer globalen Gesellschaft zu werden. Das wird aber mit sehr grossen Verlusten und mit sehr grossen Schmerzen verbunden sein. Für einige in diesem «global village» wird es tödlich werden.

Herr Dreher, es gibt von jetzt an nur eines: Entweder Sie sind Teil der Lösung, oder Sie sind automatisch Teil des Problems.

M. Philipona, rapporteur: Suite aux interventions de lundi dernier et de ce matin, je constate que la plupart des intervenants relèvent l'importance de la protection de l'atmosphère, certes avec beaucoup de nuances, mais le problème doit être maîtrisé, c'est indéniable.

D'autre part, s'il est un problème qui doit être approché, étudié et dominé sur une très large échelle, c'est bien celui-là. Des mesures qui seraient prises uniquement dans notre petite Helvétie auraient fort peu d'effet sur le climat mondial. Il est nécessaire de rappeler que la Convention-cadre des Nations Unies sur les changements climatiques que nous vous proposons d'approuver a été signée par 161 pays et ratifiée déjà aujourd'hui par 36 pays, dont les USA, le Canada, le Japon, alors que la Communauté européenne va le faire à la fin de l'année. Notre pays est ainsi appelé à faire sa part, c'est-à-dire à jouer sa partition dans le concert international. Il faut préciser que les mesures propres, éventuellement nouvelles, qui pourraient nous être proposées, feraient alors l'objet de nouvelles décisions de ce Parlement. Nous les examinerions alors en détail et prendrions nos décisions après une nouvelle analyse de la situation, ceci tant pour les mesures particulières que pour les dépenses y relatives.

Pour aujourd'hui, la commission vous propose d'autoriser le Conseil fédéral à ratifier cette convention.

Frau Misteli, Berichtstersterin: Zu den technischen und wissenschaftlichen Aspekten hat Kollege Wick bereits gesprochen.

Nur noch eine Bemerkung zu dem, was Herr Scherrer Jürg gesagt hat: In keinem Dokument der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe über Klimaveränderung steht etwas von einem CO₂-Konzentrationsgrenzwert. Sie finden das nirgends. Die von Herrn Scherrer Jürg angegebenen 580 ppm sind eine Zahl, welche die Verdoppelung der maximalen vorindustriellen CO₂-Konzentration bedeutet. Aber diese Zahl ist nichts mehr als eine Eingabe für eine komplexe Computersimulation, die das Zusammenspiel zwischen der CO₂-Emission bis hin zur Erderwärmung vorgeben soll; je nach Eingabe resultieren unterschiedliche Konsequenzen.

Das ist für mich schon Beweis genug, dass Herr Scherrer Jürg nicht verstanden hat, worum es wissenschaftlich geht. Es ist im übrigen interessant, dass dieser vermeintliche internationale Grenzwert an der Kommissionssitzung noch 600 ppm war, und jetzt ist er nur noch 580 ppm.

Zu den finanziellen und personellen Problemen, zum Votum von Herrn Vetterli: Ich glaube, die Botschaft zeigt gerade, dass nicht mit der grossen Kelle angerichtet worden ist! Der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe «Klimaveränderung» liegt in Kürze vor und wurde mit den bestehenden Mitteln, d. h. mit dem heutigen Personal und den heutigen Finanzen des Buwal, geschaffen. Die ganze Arbeit des Buwal parallel zu diesem Klimaübereinkommen ist im Rahmen der heutigen Ressourcen geschehen. Das heisst: Die weltweite Sorge über die Klimaerwärmung lässt eben die schweizerische Verwaltung andere Prioritäten setzen, wie das andere Staaten auf dieser Welt auch tun.

Zu den Grundlagen für ein nationales Programm zum Schutz des Klimas und zur Kritik von Herrn Vetterli, dass das hier schon vorliegen sollte: Die Erarbeitung dieser nationalen Grundlagen ist ein Teil der Verpflichtung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen; sehen Sie dazu den Artikel 4. Wir diskutieren jetzt darüber, ob wir dieses Übereinkommen ratifizieren sollen, und Herr Vetterli will hier schon vorgelegt haben, was einer der wesentlichen Punkte des Übereinkommens ist.

Die Schweiz geht Verpflichtungen in einem internationalen Rahmenübereinkommen ein, das 161 Staaten unterzeichnet haben, darunter alle Industrieländer. Dieses Übereinkommen bezweckt die Stabilisierung des Treibhauseffektes und der Erderwärmung und nicht – wie Ihnen Herr Wick sehr ausdrücklich gesagt hat – eine Verminderung. Wir versuchen also nur, eine Entwicklung, die uns Sorge macht, anzuhalten. Die Schweiz macht dabei nicht mehr und nicht weniger als die anderen Staaten; sie zahlt ihren Anteil genau wie die anderen Industriestaaten, und ich glaube, wir haben eine internationale Verpflichtung dazu – unabhängig davon, ob wir Mitglied der Uno sind oder nicht. Ich glaube, diesen Aspekt können Sie nun wirklich draussen lassen, denn die Erderwärmung richtet sich nicht nach Uno-Mitgliedschaft oder -Nichtmitgliedschaft.

Bezüglich Staatsfinanzen haben die anderen Industrieländer genau die gleichen Probleme wie wir. Ich nehme an, dass diese Länder auch überhaupt nicht daran interessiert sind, in etwas zu investieren, das vage ist, überhaupt keine Gefahr birgt und keine Massnahmen erfordert. Es ist meiner Meinung nach kein Diktat. Es wird angenommen, dass bis Ende des Jahres die 50 Staaten das Abkommen ratifiziert haben, darunter sämtliche EG-Staaten.

Ich bitte Sie noch einmal im Namen der Kommissionsmehrheit, dieses Rahmenübereinkommen zu ratifizieren. Wir würden ausgerechnet hier in Genf eine sehr schlechte Präsentation des schweizerischen Kooperationswillens machen, wenn wir dieses Übereinkommen nicht ratifizierten.

M^{me} Dreifuss, conseillère fédérale: Finalement, la question qui se pose aujourd'hui est de savoir comment nous nous comportons face aux risques et comment nous nous comportons face aux risques que nous produisons nous-mêmes. Si l'un ou l'autre d'entre nous fumait trois paquets de cigarettes par jour, personne ne pourrait prédire avec certitude que cette personne développerait un cancer. Et personne ne pourra prédire à quelle date, le cas échéant, ce cancer se manifesterait. Mais cette personne, nous le savons, expose ses poumons à un risque certain; elle pourrait réduire ce risque en diminuant sa consommation et nous serions certainement très nombreux à le lui conseiller. Excusez-moi cet exemple un peu simpliste, mais c'est d'un problème semblable qu'il s'agit. Comment vivons-nous face à la probabilité d'une catastrophe? Comment réagissons-nous, alors que nous pouvons réagir, face à ce qui pourrait être la première grande catastrophe produite par l'homme?

Il s'agit du problème de réchauffement de l'atmosphère. Alors que savons-nous, qu'ignorons-nous, que devrions-nous faire? Ce que nous savons – cela a été rappelé –, c'est que l'effet de serre en soi-même est quelque chose de positif. S'il n'y avait pas d'effet de serre, la température de la Terre serait de moins 18 degrés et il n'y aurait pas la vie que nous y connaissons. Grâce à l'effet de serre, la moyenne est de 15 degrés. Nous savons aussi qu'il y a des variations de cet effet de serre, qui, dans des conditions purement naturelles dans le passé, ont conduit à des impacts climatiques importants, et nous savons surtout qu'il y a une relation entre cet effet de serre et les émissions de gaz carbonique, de CO₂.

Que savons-nous sur cette concentration de gaz carbonique dans l'atmosphère? Nous savons qu'elle augmente, qu'elle augmente d'une façon exponentielle. Ce sont les fameuses mesures effectuées à Mauna Loa à Hawaï auxquelles on a fait référence. Les adversaires comme les partisans de cette Convention connaissent ces travaux. Nous avons également eu l'occasion de mesurer cette augmentation exponentielle à travers la reconstitution de l'atmosphère terrestre grâce à l'analyse des glaces des pôles. Nous savons que ce phénomène s'accélère et nous sommes frappés par sa rapidité. Nous savons également qu'au cours des 160 000 dernières années, il n'y a jamais eu une teneur en CO₂ aussi élevée qu'actuellement.

Voilà, ce dont nous sommes sûrs. Le reste, ce sont des hypothèses, mais des hypothèses très sérieuses et qui reposent sur des connaissances physiques claires. Il y a un lien entre la présence de CO₂ et la température de l'atmosphère, logiquement l'augmentation de la concentration de CO₂ doit mener à une augmentation de la température. Nous savons, par ailleurs, que ce sont des processus complexes et qu'il peut y avoir des effets contraires. Nous avons vraisemblablement assisté ces derniers temps à de tels effets contraires. Les poussières dégagées par l'éruption du Pinatubo ont certainement conduit plutôt à diminuer la température, à produire un effet contraire à l'évolution du réchauffement de l'atmosphère, le trou d'ozone vraisemblablement aussi. Cela ne signifie pas qu'une fois que l'on sera dégagé de ces effets contraires à court terme, l'on ne constatera pas, et c'est l'hypothèse que nous faisons actuellement, une tendance nette à l'augmentation de la température de l'atmosphère.

Quel en est l'effet? Nous le savons: une élévation notamment du niveau des océans, qui ne se fera pas partout de la même

façon, ni en même temps. Nous savons également que nous avons assurément encore besoin de certaines études pour renforcer la connaissance de la date à laquelle ces changements pourraient se produire. Mais cette hypothèse, encore une fois, n'est pas une rêverie, elle repose sur des connaissances des mécanismes physiques qui nous dominent. Ainsi, la sagesse voudrait que l'on s'efforce de réduire ce risque, surtout lorsque celui-ci est élevé et que ses conséquences sont des catastrophes extraordinaires, notamment dans certaines régions du monde. Mais toutes les régions du monde participent à la croissance de ce risque, et les régions développées y participent d'une façon disproportionnée.

La ratification de la Convention est un premier pas dans la prise de conscience mondiale du phénomène et dans la volonté d'une responsabilité face à celui-ci. Cette prise de conscience internationale est remarquable; elle a été remarquablement rapide; elle est remarquable aussi parce qu'elle arrive à combiner enfin, grâce à l'esprit de la Conférence de Rio, la conscience que l'on ne peut pas opposer économie et écologie, mais que l'on doit créer un développement durable, c'est-à-dire un développement responsable, également face à la misère du monde.

Il ne s'agit donc pas dans cette Convention du résultat d'une quelconque manipulation, que ce soit de certains milieux mystérieux qui ont été évoqués ici, comme la Fondation Rockefeller – avant on parlait de Moscou, maintenant c'est de New York que viendrait le danger –, et il ne s'agit pas d'une manipulation scientifique; j'aurai l'occasion d'y revenir très rapidement tout à l'heure. Il s'agit en fait d'un élargissement de la conscience que nous avons de notre responsabilité dans le monde. Il s'agit d'un progrès de la morale humaine.

Beaucoup de choses ont été dites. Je n'entrerai peut-être pas dans le détail, je ne suis pas scientifique et ce n'est pas à moi de corriger certaines des erreurs qui ont été faites ici. Je les évoque tout simplement très rapidement. Monsieur Scherrer Jürg, il ne faut pas confondre la consommation mondiale d'énergie, qui peut effectivement être réduite de 20 ou 50 pour cent sans qu'il y ait réduction de la vie économique, avec la réduction du gaz carbonique. Vous avez confondu ces deux notions.

Il ne faut pas non plus partir de l'idée qu'un certain nombre de ces émanations de gaz carbonique sont absorbées par notre système, par les océans, par la biomasse végétale, pour mettre en question les modèles dont nous avons largement évoqué la pertinence dans le message. Ce n'est pas parce que, effectivement, les gaz à effet de serre que nous dégageons ne vont pas tous dans l'atmosphère que ces modèles se révéleraient faux. Au contraire, ils sont confirmés par la prise en compte, encore une fois, de cet élément d'absorption.

Je ne crois pas non plus que l'on puisse citer des chercheurs isolés en en parlant comme de prophètes qui auraient crié dans le désert et que l'on n'aurait pas écoutés, malgré la pertinence de leurs arguments. Ces experts ont été écoutés. Le Groupe d'experts intergouvernemental sur l'étude des changements climatiques (PCC) regroupe non seulement les principaux chercheurs dans ce domaine, mais ils ont été soumis à l'épreuve également de la discussion avec leurs pairs, y compris ceux qui ont été cités ici comme des voix contraires à la voix de la grande majorité des chercheurs. Encore une fois, dans ce domaine, la recherche, ce n'est pas la démocratie; on ne vote pas. Je ne fais pas un argument du fait que la majorité des chercheurs est de cet avis, mais je fais un argument de la logique de leur raisonnement, de la solidité des modèles qu'ils ont développés.

On a beaucoup parlé de catastrophes, je viens de le faire également. Ce qui m'étonne, c'est que l'on mette quasiment sur le même niveau les catastrophes écologiques, dont nous parlons et qui menacent la planète et l'humanité, et les catastrophes financières dont on nous menacerait. Certains pensent même que la situation des finances fédérales serait tellement «catastrophique» que les catastrophes naturelles ne seraient rien à côté.

Je crois que là il faut mesurer et se rendre compte que, sur le plan de l'économie en particulier, il n'y a pas de catastrophe menaçante à cause de la Convention sur le climat. Des ré-

ductions de l'ordre de 15 à 20 pour cent des émissions de CO₂ peuvent être atteintes sans qu'il en coûte rien, au contraire: dans la mesure même où l'économie développe les techniques nécessaires à la réduction de ces émissions, nous avons des chances de voir une nouvelle relance de technologie intéressante.

En ce qui concerne la Suisse, elle a déjà entériné, dans le programme «Energie 2000», l'objectif de stabiliser les émissions de CO₂ et la Convention ne l'engage pas à des objectifs plus sévères. Il n'y a donc pas là de charge supplémentaire sur l'économie. Quant aux charges sur les finances publiques, j'y reviendrai tout à l'heure.

J'évoquerai encore un dernier argument. La Suisse est un si petit pays qu'elle n'aurait pas de responsabilité dans les émissions de gaz carbonique, dans la mesure où ce qu'elle représente ne serait qu'une fraction infime. Par rapport à sa surface et à sa population, la Suisse est un modèle de développement particulièrement riche en émissions, donc en dangers et en risques. Elle doit assumer ses responsabilités comme les autres. La Suisse n'est pas un modèle de développement dans ce domaine, dont on pourrait dire qu'il a déjà démontré que l'on peut tourner le dos à l'évolution dont nous parlons aujourd'hui, au contraire: elle en est une part importante par rapport au type de développement qu'elle a connu. Et c'est précisément parce qu'elle est petite qu'elle a tout intérêt à ce que cette politique se place dans un cadre multilatéral, mondial, et que les autres pays prennent également des engagements proportionnels à leurs impacts sur l'environnement. Dans le cadre de cette politique globale, il est normal que la Suisse aide les pays de l'Est et du Sud à se développer sans nuire à l'intégrité de l'atmosphère, c'est dans son intérêt de le faire, ce n'est pas une façon détournée de renforcer l'aide au développement, comme le disait M^{me} Sandoz, c'est au contraire nos intérêts les plus immédiats de veiller à ce que ces engagements internationaux puissent être pris et soient largement financés par les pays les plus responsables des émissions de CO₂, c'est-à-dire les pays développés, dont la Suisse fait partie.

Quant aux questions qui ont été posées, qui servent de prétexte sinon d'argument à la proposition de renvoi au Conseil fédéral, elles concernent les aspects financiers et les conséquences sur le personnel, de même que les conséquences au-delà du programme «Energie 2000». Je vais m'efforcer d'y répondre le plus rapidement mais aussi le plus clairement possible, ceci pour vous montrer d'ailleurs que ces réponses existent, dans la mesure où elles peuvent exister, et qu'un renvoi au Conseil fédéral n'apporterait aucune clarification supplémentaire, mais que les réponses sont également suffisantes pour vous permettre de prendre une décision, celle que le Conseil fédéral attend de vous, c'est-à-dire le feu vert pour la ratification.

En ce qui concerne les aspects financiers, il faut distinguer les implications qui naissent des obligations de la Convention sur le plan international et sur le plan national. Sur le plan international, la Convention nous oblige à participer à son mécanisme financier, c'est-à-dire, en premier lieu, au Fonds pour l'environnement mondial, le FEM, dont la phase pilote a déjà commencé et s'est étendue de 1991 à 1993. Nous avons participé à cette phase pilote, à raison de 4 pour cent du capital total, c'est-à-dire environ 80 millions de francs qui ont été prélevés sur le fameux crédit-cadre de 300 millions de francs octroyé pour le financement dans les pays en développement de projets en faveur de l'environnement global.

Une autre partie, de 150 millions de francs, a été affectée à la coopération bilatérale. Jusqu'en 1995/96, le fameux crédit de 300 millions de francs permettra à la Suisse de continuer de s'acquitter de ses obligations. Pour la nouvelle période, pour la reconstitution du capital du FEM, soit 4 milliards de francs, la Suisse continuera de participer pour le même montant que jusqu'à présent, soit 80 millions de francs, parce qu'il y aura une réduction de la part de la Suisse au capital total. Nous entrons maintenant, nous l'espérons, dans un fonctionnement normal. Si notre mise initiale a été plus élevée que la proportion qui nous incombe de par nos obligations et notre importance internationale, nous allons, cette fois-ci, poursuivre à raison de 2 pour cent du capital total.

D'autres implications financières de la Convention pourraient effectivement suivre. Elles devront être déterminées par la Conférence des Parties, lors de sa première session en 1995. L'on pense en fait à un montant qui pourrait être de l'ordre de 100 000 à 200 000 francs par année.

En ce qui concerne le soutien du secrétariat, il est clair que la Suisse a intérêt à soutenir le secrétariat de la Convention, car nous souhaitons tous son établissement à Genève. Nous avons déjà demandé des fonds dans le cadre du budget 1994 dont vous allez avoir à décider, et les contributions prévues pour 1995-1997 figurent au plan financier. Ce sont des montants de 1,5 million de francs au budget de 1994 et de 500 000 francs au plan financier de 1995. Un nouveau crédit-cadre devrait être débloqué à partir de 1995/96. Vous aurez à en débattre et à en décider.

J'en viens aux conséquences sur le personnel. Il est vrai que la Convention requiert des tâches supplémentaires; le message l'explique, il s'agit d'établir l'inventaire national – il est déjà très avancé –, il s'agit de mettre au point un programme national et d'adopter les mesures dans le but de ramener les émissions de CO₂ et d'autres gaz à effet de serre à leur niveau de 1990, encore une fois, des objectifs que nous avons déjà fixés dans «Energie 2000». Ces nouvelles tâches seront absorbées dans les limites existantes des ressources en personnel. Cela est dit dans le message. Cela ne manque pas de clarté et vaut engagement du Conseil fédéral.

Pour les développements futurs, il n'est bien sûr pas possible de faire des prévisions qui puissent nous engager avec le même degré de certitude, et renvoyer le message au Conseil fédéral n'y changerait rien. C'est finalement à vous de prendre les décisions quant aux conséquences sur le personnel. Nous considérons que les engagements peuvent être pris, compte tenu du corset étroit qui nous est imposé dans ce domaine.

Nous n'avons pas d'obligation actuelle d'aller au-delà des engagements pris dans le cadre de «Energie 2000», et clarifier l'après-2000 n'est ni approprié ni justifié par la présente ratification. C'est un débat que nous devons poursuivre sur le plan national d'abord. Tout éventuel renforcement de la Convention sera soumis à l'approbation du Parlement.

C'est dans ce sens-là que je vous recommande d'entrer en matière sur cette ratification et de renoncer à renvoyer cette proposition au Conseil fédéral.

Vetterli: Ich möchte ganz sachlich folgendes festhalten: Es ging mir nie darum, jetzt das Ja oder Nein zum Klimaübereinkommen zu beeinflussen. Mein Antrag betrifft ganz klar eine Verfahrensfrage; ich möchte an Ihr Gewissen appellieren und Sie fragen: Haben Sie jetzt genügend Entscheidungsunterlagen für diesen schwerwiegenden, wichtigen Entscheid, der – wie wir von Frau Bundesrätin Dreifuss gehört haben – in Zukunft zusätzliche Stellen, zusätzliche Mittel brauchen wird? Niemand kann uns, wenn wir in diesem Parlament seriös arbeiten, die Fragen verwehren, die ich gestellt habe. Frau Misteli, ich bin überrascht, dass Sie sagen, Sie hätten diesen Bericht. Ihr Kommissionssekretär hat mir klar das Gegenteil gesagt. Es genügt mir auch nicht, wenn Sie diesen Bericht hätten. Als Parlamentarierin, als Parlamentarier müssen wir über diesen Bericht verfügen. Sie haben in der Botschaft geschrieben, was dieser Bericht für eine grundlegende Bedeutung habe. Also will ich diesen Bericht kennen. Ich will wissen, was auf uns zukommt. Und das wissen wir nach wie vor nicht. Ich halte nach wie vor fest: Es fehlt uns dieser Bericht.

Es ist auch nicht klar, was diese Zustimmung personell und finanziell für die nächste Zukunft und bis ins Jahr 2000 bedeutet. Deshalb bin ich der Meinung – ohne jetzt meine Kollegen und Kolleginnen, die in der Kommission waren, schlecht hinzustellen –, dass die Kommission aufgrund dieses Berichts Entscheidungsgrundlagen erarbeiten muss. Ich erwarte von der Kommission, dass wir, die wir die Verantwortung für das Budget haben – wir gehen einem 7- bis 8-Milliarden-Defizit entgegen –, diese Unterlagen bekommen.

Um das also ganz klar festzuhalten: Mein Antrag lautet auf Rückweisung an die Kommission. Wenn wir von der Kommission entsprechend dokumentiert sind, und ich nehme an, die

Kommission wird sich entsprechend mit den Aemtern und mit dem Bundesrat unterhalten, können wir entscheiden.

Frau **Misteli**, Berichterstatterin: Herr Vetterli, ich habe nicht gesagt, ich hätte diesen Bericht. Es steht in der Botschaft, dass er fertig ist und nächstens vorgelegt wird. Ich habe mich nur darauf bezogen, dass die Arbeit an diesem Bericht ohne zusätzliches Personal möglich war.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit (Eintreten)	112 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit (Nichteintreten)	24 Stimmen

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag Vetterli stimmen:

Votent pour la proposition Vetterli:

Allenspach, Bezzola, Binder, Bischof, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Camponovo, Cavadini Adriano, Chevalaz, Couchepin, Dettling, Dreher, Eggly, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Giger, Gros Jean-Michel, Hegetschweiler, Hess Peter, Iten Joseph, Jenni Peter, Kern, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Maspoli, Maurer, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Perey, Pini, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruf, Sandoz, Savary, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmied Walter, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner Rudolf, Stucky, Vetterli, Wyss Paul, Zwahlen (60)

Dagegen stimmen – Votent contre:

Aguet, Aubry, Baumann, Bäuml, Béguelin, Bircher Peter, Blatter, Bodenmann, Borel François, Brügger Cyrill, Bühler Simeon, Bühlmann, Bundi, Bürgi, Caccia, Carobbio, Caspar-Hutter, Colognato, Comby, Daepf, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Deiss, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Eggenberger, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Fehr, Gardiol, Gobet, Grendelmeier, Grossenbacher, Häring Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Hämmerle, Heberlein, Herzog, Hess Otto, Hollenstein, Hubacher, Jaeger, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Jöri, Keller Anton, Ledergerber, Leemann, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Maeder, Maitre, Marti Werner, Mauch Ursula, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Nabholz, Nebiker, Philipona, Poncet, Raggenbass, Rebeaud, Rechsteiner, Robert, Ruckstuhl, Ruffy, Rutishauser, Rychen, Schmid Peter, Schnider, Segmüller, Sella Rolf, Sieber, Spielmann, Stamm Judith, Steiger Hans, Strahm Rudolf, Suter, Theubet, Thür, Tschäppät Alexander, Tschopp, Vollmer, Wanner, Weder Hansjürg, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss William, Zbinden Hans, Ziegler Jean, Zisayadis, Zölch, Züger, Zwygart (104)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Berger, Hari, Hildbrand, Mauch Rolf, Schwab, Seiler Hanspeter (6)

Abwesend sind – Sont absents:

Aregger, Bär, Baumberger, Blocher, Brunner Christiane, Bühler Gerold, Cincera, Cotti, Duvoisin, Engler, Epiney, Etique, von Felten, Frey Walter, Früh, Giezendanner, Goll, Gonseth, Graber, Gross Andreas, Gysin, Keller Rudolf, Kühne, Matthey, Oehler, Pidoux, Spoerry, Steinegger, Tschuppert Karl (29)

Präsident Schmidhalter stimmt nicht

M. Schmidhalter, président, ne vote pas

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	90 Stimmen
Dagegen	24 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.036

Grenzüberschreitende

Luftverunreinigung.

Uebereinkommen

Pollution atmosphérique

transfrontière.

Protocole additionnel

Botschaft und Beschlussentwurf vom 31. März 1993 (BBI II 669)
Message et projet d'arrêté du 31 mars 1993 (FF II 649)

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Frau **Jeanprêtre** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Das Uebereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung wurde im Jahre 1979 in Genf unterzeichnet und im Jahre 1983 auch von der Schweiz ratifiziert. Zum Uebereinkommen von 1979 sind bereits drei Zusatzprotokolle in Kraft. Das erste, datiert von 1984, betrifft die langfristige Finanzierung des Programms der weiträumigen Uebertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP). Das zweite Protokoll von 1985 visiert die Verringerung von Schwefelemissionen oder ihres grenzüberschreitenden Flusses um mindestens 30 Prozent an. Das dritte Protokoll von 1988 betrifft die internationale Bekämpfung von Emissionen von Stickstoffoxiden oder ihres grenzüberschreitenden Flusses.

Das vorliegende Protokoll vom 19. November 1991 hat die Bekämpfung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) zum Ziel, die eine wichtige Rolle als Vorläuferschadstoffe bei der Bildung troposphärischen Ozons (Sommersmog) spielen. Die Kernpunkte dieses Zusatzprotokolles über flüchtige organische Verbindungen (VOC) sind in Artikel 2 enthalten. Ziel der Vertragsstaaten ist es, die VOC-Emissionen bis zum Jahr 1999 um 30 Prozent zu verringern, wobei die einzelnen Staaten das Basisjahr selbst bestimmen können. Die Schweiz bezieht sich – wie bereits bei ihrem Luftreinhalte-Konzept – auf das Jahr 1984. Das Uebereinkommen fordert die Vertragsstaaten auf, sich unter Anwendung der besten verfügbaren Technologien für die Verringerung der Emissionen einzusetzen. Ebenfalls vorgesehen ist ein Mechanismus, um die Einhaltung des Protokolles zu überwachen, sowie die Möglichkeit der einzelnen Staaten, Verstösse eines anderen Staates zu melden, worauf das Sekretariat eine Kontrolle einzuleiten hat. Die Schweiz setzt sich auf internationaler Ebene regelmässig für diesen Ueberwachungsmechanismus ein. In Artikel 8 werden die Staaten aufgefordert, über die Umsetzung der im Protokoll vorgesehenen Massnahmen Bericht zu erstatten.

2. Die Massnahmen der Schweiz im Rahmen des Luftreinhalte-Konzeptes gehen über die Anforderungen dieses Protokolles hinaus, sind doch die darin festgelegten Ziele praktisch schon erreicht (d. h. bis auf 2 Prozent). Mit der Annahme der in

Klimaänderungen. Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen

Changements climatiques. Convention-cadre des Nations Unies

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.035
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.09.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1572-1578
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 143

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.